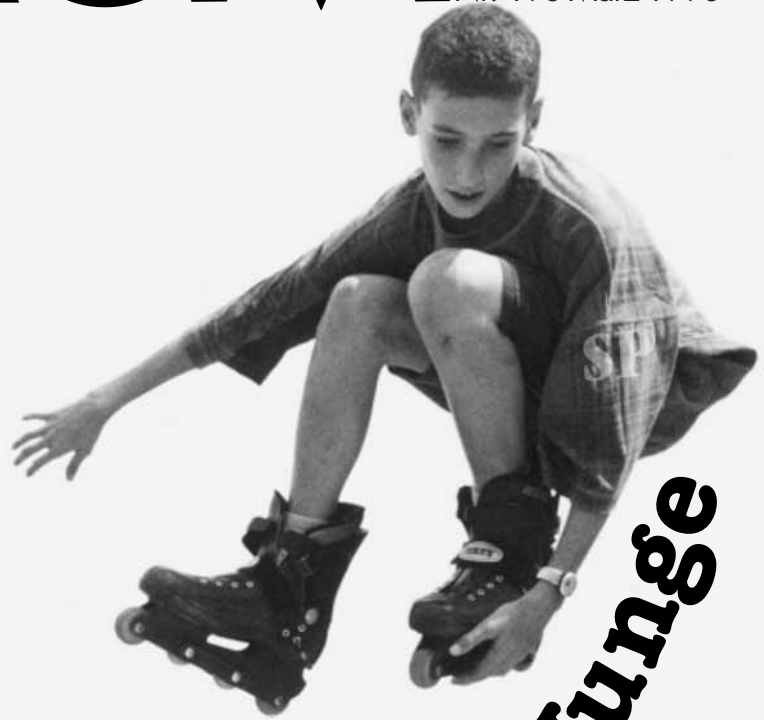


FORUM

Zeitschrift
für Politik, Arbeit & Kultur
der SP Uster

Nr. 193 März 1998



Eine coole Sache: **SP auch für Junge**

P.P. Uster

Lieber SPU
als UBS
Liste 1

Inhalt

Die SP Uster – eine junge Sache	3
Von Markus Stadelmann	
Uster aktiv mitgestalten	4
Von Gemeinderatspräsidentin Marlies Hürlimann	
Begonnenes zu Ende führen	5
Von Stadträtin Heidi Vogt	
Sonntagsapéros – Ein Rückblick	7
Bilder von Stefan Feldmann und Rolf Graf	
Für ein sozialeres Uster	8
Die SP-Gemeinderatsliste	
SP-Parolen zur Abstimmung vom 15. März	10
Uster Plus	11
Eine Initiative für regionale Wirtschaftskreisläufe	
Veranstaltungskalender	12
Versione italiana sul retro	

Editorial



Am 15. März ist es wieder einmal soweit: Wahlen in Uster – spannende Wahlen, denn die politische Situation stellt hohe Anforderungen an die Politikerinnen und Politiker, die sich um die Ämter in Stadt- und Gemeinderat bewerben.

Die wirtschaftliche Rezession – einhergehend mit einem wiederauferstandenen, dogmatischen «Manchester-Kapitalismus» mit steigender Arbeitslosigkeit und explodierenden Börsengewinnen – hat grosse politische und soziale Probleme gebracht. Um diese komplexen Probleme in Uster anzugehen, braucht es sachkundige und engagierte Mitglieder im Gemeinderat und starke und entscheidungsfreudige Persönlichkeiten im Stadtrat. Die SP Uster hat beides.

Mit Heidi Vogt tritt die SP Uster mit einer bisherigen Stadträtin an, die in den letzten vier Jahren gute Arbeit geleistet und viele neue Impulse gesetzt hat. Und mit Marlies Hürlimann – der amtierenden Gemeinderatspräsidentin – ist die SP Uster in der erfreulichen Lage eine junge und dennoch politisch bereits erfahrene Politikerin ins Rennen um einen zweiten Stadtratssitz zu schicken.

Durch den Rücktritt des parteilosen Stadtpräsidenten Hans Thalman, ist der Zeitpunkt für die SP ideal, dass sie als stimmstärkste Partei in Uster ihren Anspruch auf zwei Sitze endlich erfolgreich durchsetzen kann. Die Tatsache, dass rund ein Viertel der Ustermer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger bislang nicht adäquat im Stadtrat vertreten war, wird hoffentlich endlich ihr Ende finden.

Die SP-Gemeinderatsliste zeigt sich dieses Jahr sehr ausgeglichen: Nicht nur sind auf ihr wieder gleichviele Frauen wie Männer vertreten. Neben einigen erfahrenen und bewährten «Bisherigen» finden sich auch viele junge, motivierte und fähige «Neulinge», die für ein soziales und solidarisches Uster eintreten. Die Gemeinderatsliste Nr. 1 verdient deshalb Ihre Unterstützung.

Am 15. März entscheidet sich in Uster, wie die Probleme der Zukunft gemeistert werden: Mit harter Hand, gemäss dem wirtschaftsliberalen Credo «Jedem ist sich selbst der nächste», oder umwelt- und sozialverträglich, wie es die SP Uster will. Sie haben die Wahl. Nutzen Sie sie!

Stefan Feldmann
Präsident AG Wahlen SP Uster

IMPRESSUM FORUM

Zeitschrift für Politik, Arbeit & Kultur der SP Uster

Herausgeberin:	Sozialdemokratische Partei
Anschrift:	FORUM, Postfach 340, 8610 Uster 1
Auflage:	10 000
Abonnement:	für 1 Jahr mindestens Fr. 30.– auf PC 80 – 13431 – 8
Redaktion:	Margrit Enderlin, Stefan Feldmann, Fredde Gut, Patrick Höhener, Marlies Hürlimann, Rolf Murbach
Layout:	Fredde Gut
Vertrieb:	Stefan Feldmann
Druck:	Ropress Zürich

Jung & sozial: Die SP Uster ist auch attraktiv für junge Wählerinnen und Wähler

Die SP Uster – eine junge Sache

Die SP Uster legt den Wählerinnen und Wählern 1998 eine junge Liste zur Wahl vor: Die Hälfte der 36 Kandidatinnen und Kandidaten ist 40 Jahre oder jünger, liegen somit deutlich unter dem Durchschnittsalter der Lokalpolitiker/innen. Noch wichtiger: Acht Kandidatinnen und Kandidaten sind unter 30 Jahre alt. Sie vertreten die für ein soziales und solidarisches Uster einstehenden Jungen unserer Stadt.

Von Markus Stadelmann

«Politik – das ist doch etwas für alte Säcke!» Diesen Spruch hört man immer wieder von Jugendlichen, wenn man mit ihnen über Politik diskutieren will. Diese Haltung entspringt einer gewissen Frustration von jungen Menschen, die sich von vielen Politikerinnen und Politikern nicht ernst genommen fühlen. Umso wichtiger ist es deshalb, dass sich junge Menschen selber für die Bedürfnisse, Vorstellungen und Wünsche ihrer Altersgruppe einsetzen. Auf der diesjährigen Gemeinderatsliste der SP Uster finden sich solche jungen Menschen.

Junge Liste

Die Gemeinderatsliste der SP Uster ist mit einem Durchschnittsalter von 38.6 Jahren eine der jüngsten Liste seit vielen Jahren. Der Grund: Die Hälfte der 36 Kandidatinnen und Kandidaten ist unter 40 Jahre, acht von ihnen sogar unter 30 Jahre alt (1994 zählten nur drei SP-Kandidat/innen weniger als 30 Jahre). Dieser Umstand zeigt, dass die SP Uster eine zukunftsgerichtete und

konstruktive Politik betreibt und auf die wichtigsten Fragen Antworten kennt, welche junge Menschen überzeugen. Acht junge SP-Mitglieder haben sich für die Gemeinderatswahlen zur Verfügung gestellt. Sie stehen für eine soziale und solidarische Zukunft ein.

Und das sind die jungen Kandidaten und Kandidatinnen der SP Uster:

Stefan Feldmann (bisher)

27jährig. Er ist in Uster aufgewachsen und hat nach einer Lehre als Buchhändler in den Journalismus gewechselt und arbeitet heute als Redaktor und Produktionsleiter einer Lokalzeitung. Er gehört seit Anfang 1997 dem Gemeinderat an und hat sich dort für eine jugendfreundlichere Stadt eingesetzt. Unter anderem hat er mit einer Interpellation die Unterstützung der Stadt Uster für das neugegründete Jugendparlament bewirkt und die Erarbeitung eines Jugendleitbildes angeregt. Ausserdem verlangt er von der Stadt Uster, dass sie bei der Vergabe von Arbeitsaufträgen, jene Firmen bevorzugt, die Lehrlinge ausbilden.

Dagmar Anderes

26jährig. Sie ist in Uster aufgewachsen. Nach der Matura und einer Ausbildung als Primarlehrerin hat sie nun den Beruf gewechselt und befindet sich zur Zeit in der Endphase ihrer Ausbildung als Redaktorin bei einer Tageszeitung. Sie will ihren Schwerpunkt einer allfälligen Ratstätigkeit im Sozial- – namentlich bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit – und im Umweltbereich setzen.

Stefan Lötscher

27jährig. Er ist kaufmännischer Angestellter in einem Grosskonzern und setzt sich bei den Homosexuellen Arbeitsgruppen Zürich für die Rechte und die Anerkennung der Schwulen und Lesben ein.

Oli Sennhauser

26jährig. Er ist selbstständiger Unternehmer und führt in der ganzen Schweiz Goldwäscher-Kurse durch. Darüberhinaus gestaltet er Internet-Seiten, auch diejenige der SP Uster, die dieser Tage aufgeschaltet wird.

Annalena Moser

18jährig. Sie steht kurz vor der Matura und engagiert sich bei den Jusos in der Stadt Zürich, aber auch im Jugendparlament Uster. Ausserdem hat sie 1996 an der Schweizerischen Jugendsession teilgenommen.

Karin Dieziger

28jährig. Sie ist ausgebildete Krankenschwester und hat jahrelang in einer Drogenabgabestelle gearbeitet. Zur Zeit besucht sie die Schule für Sozialarbeit in Zürich.

Christoph Strucken

22jährig. Er befindet sich zur Zeit in einer Ausbildung zum Sekundarlehrer. In seiner Freizeit leitet er den Ustermer Jugendchor TenSing.

Verena Witzig

18jährig. Sie steht kurz vor der Matura und engagiert sich bei den Jusos in der Stadt Zürich.



Jung & sozial – die Jungen auf der SP-Gemeinderatsliste (von links nach rechts, von oben nach unten): Stefan Feldmann, Dagmar Anderes, Stefan Lötscher, Oli Sennhauser, Annalena Moser, Karin Dieziger, Christoph Strucken, Verena Witzig.

Marlies Hürlimann: Warum ich für den Stadtrat kandidiere

Uster aktiv mitgestalten



Dass es im Stadtrat mehr Frauen braucht, kann man in Uster nicht behaupten. Was es im Ustermer Stadtrat aber braucht sind mehr Leute mit einem gesamtheitlichen Gedankengut, die das Geld nicht allein nach marktwirtschaftlichen Kriterien ausgeben, sondern auch soziale und ökologische Aspekte berücksichtigen. Weiter sind zukunftsgerichtete Ideen wichtig, die auf einer langfristigen Betrachtung unserer gesellschaftlichen Entwicklung beruhen. Dies ist meine Motivation für die Kandidatur als Stadträtin.

Von Marlies Hürlimann

Nach meiner Wahl zur Gemeinderatspräsidentin 1997 habe ich die Frage eines Journalisten, ob ich als nächstes einen Sitz im Stadtrat anstrebe, verneint. Mein Betriebsökonomie-Studium, welches mich zeitlich sehr beanspruchte, war damals der Grund, dass ich mir eine Kandidatur nicht vorstellen konnte. Mittlerweile habe ich mich an den Studienrhythmus gewöhnt und ein Gespräch mit dem Rektor hat gezeigt, dass sich Studium und Stadtrat optimal verbinden lassen: Man lässt mich das Wochenpensum an der HWV entsprechend reduzieren.

Freude am Politisieren

Nach einer kaufmännischen Lehre im Kanton Uri bin ich nach Zürich gezogen. Dort habe ich mehrere Jahre im Bereich Public Relations und Verlagswesen gearbeitet. Immer wieder hat mich das Fernweh gepackt und ich bin gereist. Unter anderem habe ich über ein Jahr in den USA bei einem Versicherungskonzern gearbeitet. Dann kam der Punkt, wo ich mich entscheiden musste, wo ich leben wollte – ich habe mich für die Schweiz entschieden. Mit der Rückkehr 1988 kam auch der Wunsch auf, mich politisch zu engagieren. Ich bin in der Stadt Zürich der SP beigetreten und habe dort im Vorstand mitgearbeitet. Gleichzeitig habe ich nebenberuflich als Journalistin bei der politischen Frauenzeitschrift Nora zu arbeiten begonnen, wo ich noch heute tätig bin.

Uster mitgestalten

Eher untypisch bin ich während längerer Zeit täglich von Zürich nach Uster gependelt, da ich bei einer Ustermer Werbeagentur als Redaktorin gearbeitet habe. Dann sind mein Mann und ich hierhergezogen und es war für mich klar, dass ich mich für «meine» Stadt engagieren würde. 1994 bin ich in den Gemeinderat gewählt worden, wo ich meine Ideen einbringen konnte. Auch als Mitglied der Parlamentarischen Raumplanungskommission kann ich – mehr oder minder – Einfluss nehmen auf die Entwicklung unserer Stadt. Durch die Wahl zur Gemeinderatspräsidentin habe ich einen vertieften Einblick in die Stadtverwaltung erhalten. Ich habe interessierte und motivierte Angestellte kennengelernt, mit denen ich gerne zusammenarbeiten würde.

Die für ein Stadtratsamt nötige Führungserfahrung bringe ich aus der Privatwirtschaft mit. Dadurch, dass ich in einer kinderreichen, eher konservativen Familie in einfachen Verhältnissen aufgewachsen bin, später aber in Zürich auch für internationale Firmen gearbeitet habe und viel gereist bin, habe ich verschiedene Facetten der Gesellschaft kennengelernt. Diese Erfahrungen haben mich flexibel und tolerant gemacht. Wenn es um die Suche nach Lösungen geht, bin ich unkonventionellen Ideen gegenüber nicht von Beginn weg abgeneigt.

Politische Generalistin

Da ich mich als Generalistin sehe, wäre es mir grundsätzlich möglich, mich in jedes Ressort im Stadtrat einzuarbeiten. Mein Wunschressort sind jedoch die Städtischen Werke/Hochbau, wo mich vor allem das Spannungsfeld zwischen Ökologie und Marktwirtschaft reizt.

Bei meiner Nomination als Stadtratskandidatin habe ich gesagt, mein Schwäche sei, dass ich kein Mann bin, da die SP auf ein ausgeglichenes Verhältnis bei der Besetzung von Ämtern achtet. Ich bringe für dieses Amt aber auch Stärken mit, zu denen ich folgende zähle: Meine langjährige Erfahrung in der Politik mit entsprechendem Leistungsausweis; meine fundierte Ausbildung und Berufserfahrung; meine kommunikative Art und meine Motivation, mit vollem Engagement zu politisieren.

Heidi Vogt: Warum ich nochmals für den Stadtrat kandidiere

Begonnenes zu Ende führen



Seit 1994 bin ich Stadträtin von Uster. Die Arbeit ist interessant, spannend, herausfordernd und anspruchsvoll. Im folgenden möchte ich darlegen, warum ich vier weitere Jahre als Stadträtin für Uster arbeiten möchte, und warum ich mir Marlies Hürlimann als Kollegin wünsche.

Von Heidi Vogt

Was fasziniert mich als Frau an der Aufgabe einer Stadträtin und dann noch ausgerechnet in der Abteilung Sicherheit? Zu dieser Abteilung gehören Ressorts wie die Stadtpolizei, Zivilschutz und Militär, aber auch Feuerwehr, Einwohnerkontrolle und öffentlicher Verkehr. Ich habe die Abteilung vor einem ganz anderen beruflichen Hintergrund übernommen: Nach dem Handelsdiplom lernte ich Krankenschwester, arbeitete einige Zeit im Spital, bildete mich psychotherapeutisch weiter und war mehr als zehn Jahre in einer Drogenberatungsstelle tätig. Das Amt als Stadträtin ist heute mein Hauptberuf – neben der Familienarbeit, die ich mit meinem Mann teile. Wir haben einen 13jährigen Sohn und eine 6jährige Tochter.

Unterstützung erwünscht

Die Arbeit als Stadträtin ist spannend, herausfordernd und anspruchsvoll. Als Mitglied des Kollegiums bin ich für alle Entscheide mitverantwortlich, und setze mich deshalb auch intensiv mit den Geschäften meiner Kolleginnen und Kollegen auseinander und bringe meine Optik als jüngere Familienfrau, meine Erfahrungen als Berufsfrau und meine politischen Akzente als Sozialdemokratin in die Diskussion ein. Oft habe ich damit Erfolg, aber ebenso oft wünsche ich mir Verstärkung von weiteren Leuten, die ähnliche Erfahrungen mitbringen und Akzente setzen! Darum wünsche ich mir sehr, dass auch Marlies Hürlimann zur Stadträtin gewählt wird.

Möchte Abteilung behalten

Ich habe das Amt als Vorsteherin der Abteilung Sicherheit vor vier Jahren nicht gesucht – im Gegenteil. Ich empfand es selber als «unfräulich» und «unsozialdemokratisch». Nach vier Jahren urteile ich anders. Ich bin in dieses Amt hineingewachsen, habe viel gelernt und einiges verändert. Heute stehe ich auf einem guten Boden und fühle mich von meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern respektiert und gestützt. Viele Projekte und Reformen sind im Gang, und wir stehen mitten in Prozessen, die ich gerne zu Ende führen möchte.

Einige Beispiele:

- Auf den Fahrplanwechsel 1999 planen wir Verbesserungen beim Ortsbus-Fahrplan. Und laufend bemühen wir uns – auch innerhalb der engen finanziellen Grenzen – um kleine Komfortsteigerungen.
- Das Thema «Tempo 30» ist in Uster in einem ersten Anlauf gescheitert. Weitere Anläufe kommen jedoch bestimmt. Und ausserdem arbeiten wir ständig an vielen, weniger spektakulären aber ebenso wichtigen Massnahmen, die den Verkehr sicherer und unseren öffentlichen Raum lebendiger machen.
- Statt den beiden Zivilschutz-Ausbildungszentren in Hombrechtikon und Uster wird es künftig nur noch eines geben – das unsrige in Riedikon. Diese Reduktion von zwei auf ein Zentrum soll geordnet und sozialverträglich durchgeführt werden.
- Die Abteilung Sicherheit ist die erste in der Stadtverwaltung, welche die neue Verwaltungsphilosophie des «New Public Management» erprobt. Deren Ziel heisst: Kundenfreundliche, kostengünstige und transparente Leistungen erbringen. 1998 ist das erste Jahr der praktischen Umsetzung. Als sichtbares Ergebnis werden wir im Stadthaus ein Dienstleistungszentrum einrichten, wo an einem einzigen Schalter die Geschäfte aus den verschiedensten Ressorts abgewickelt werden.
- Und als letztes Beispiel eines, das mehr als nur symbolischen Charakter hat: Ich freue mich auf den Moment, wo ich die erste weibliche Polizistin bei der Stadtpolizei Uster einstellen kann!

Aus all diesen Gründen, möchte ich auch die nächsten vier Jahre für die Stadt Uster als Stadträtin tätig sein.

Die Gesundheitskosten explodieren. Die Arbeitslosenzahlen wachsen.

Die SP ist gefordert, wie seit Jahren nicht mehr. Die grossen Erfolge bei den Wahlen der letzten Jahre zeigen:

Doch um diese Hoffnungen zu erfüllen, brauchen wir engagierte Mitglieder. Menschen, denen es nicht egal ist, was mit Uster und seinen Menschen passiert. Menschen, die genug haben von der Arroganz der Arbeitgeber und den bürgerlichen Parteien, die Rezession und die Globalisierung der Wirtschaft dazu nutzen, um Arbeitsbedingungen zu deregulieren, Löhne zu senken und Leistungen bei der AHV und in der Arbeitslosenversicherung abzubauen.

Darum:

- Ja, ich werde Mitglied der SP Uster.
- Ich bin an einer Mitgliedschaft interessiert. Sendet mir bitte weitere Unterlagen.

Name/Vorname:

Strasse:

PLZ/Ort:

*Ausschneiden und senden an:
SP Uster, Postfach, 8610 Uster*



Sozialdemokratische Partei Uster

Immer mehr Menschen setzen ihre Hoffnungen auf die SP.

Tu was! Engagiere Dich! Werde Mitglied der SP Uster!

Sonntagsapéros – Ein Rückblick

Bereits schon Tradition haben in der Vorwahlkampfzeit die politischen Sonntagsapéros der SP Uster. Auch dieses Jahr konnten die interessierten Ustermerinnen und Ustermer spannende Diskussionen mit interessanten Menschen erleben:



Am 25. Januar war der Historiker Jakob Tanner, Mitglied der Bergier-Kommission, Gast von Heidi Vogt und Marlies Hürlimann, ...



...am 8. Februar der ehemalige Wirtschaftsprofessor Hans Würigler, einer der geistigen Väter der GegAv-Initiative, ...



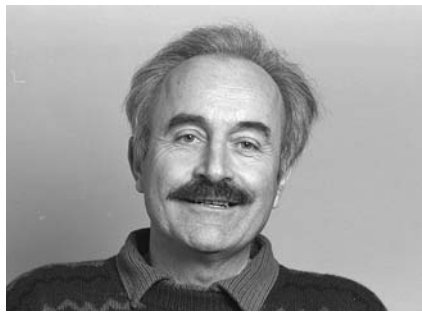
... am 1. Februar Regine Aepli, SP-Nationalrätin und Präsidentin des Schweizerischen Arbeiterhilfswerkes, ...



... und am 15. Februar Ursula Koch, die neue Präsidentin der SP Schweiz. (Fotos: Stefan Feldmann und Rolf Graf)



Marlies Hürlimann-Arnold (35, Oberuster), Journalistin BR/Studentin. Gemeinderätin seit 1994. Sie gehört seit vier Jahren dem Gemeinderat an, welchem sie dieses Jahr als unsichtige Präsidentin vorsteht. Obwohl Mitglied der Raumplanungskommission, konzentriert sie ihre politische Arbeit nicht nur auf Planungsfragen – soziale und ökologische Anliegen vertritt sie ebenso vehement. So hat sie mit einem Vorstoss die Erarbeitung eines Energiekonzeptes für Uster angeregt und als Co-Präsidentin der Arbeitsgruppe Schule massgeblich zum SP-Schulleitbild beigetragen – ein Schulleitbild, welches weit über die Ustermer Grenzen hinaus Beachtung gefunden hat. Marlies Hürlimann kandidiert auch als Stadträtin.



Laurenz Steinlin (56, Nossikon), Dr.phil., Vize-Schulleiter an der Berufsmittelschule Wetzikon, Gemeinderat seit 1986. Als Präsident der Arbeiter-Union erteilt er regelmässig am Donnerstagabend Rechtsauskunft im Arbeits- und Mietrecht und füllt Steuererklärungen für schweizerische und ausländische Ratsuchende aus. Dabei hat er festgestellt, dass das Steueramt Uster jahrzehntelang Abzüge klammheimlich ohne Mitteilung an die lohnabhängigen Steuerpflichtigen wegstrichen hat. Als erfahrener Gemeindepolitiker – er war im Jahr 1992/93 Parlamentspräsident – hat er sich bei der Geschäftsprüfung im Gemeinderat dafür eingesetzt, dass diese gesetzeswidrige Praxis in Uster abgestellt wurde.



Beatrice Jungholz Zobrist (52, Nossikon), Supervisorin/Sozialarbeiterin. Gemeinderätin seit 1992, Fraktionspräsidentin seit 1994. Sie hat sich soeben als Supervisorin selbstständig gemacht. Zuvor war sie als Sozialarbeiterin tätig und wurde dabei auch mit den Auswirkungen der steigenden Arbeitslosigkeit konfrontiert. Diese Entwicklung beschäftigt sie sehr, und sie hat im Gemeinderat mehrere Vorstösse zu diesem Thema eingereicht. Sie ist überzeugt, dass nur durch eine Umverteilung der vorhandenen Arbeit auf mehr Köpfe Erwerbslose wieder in den Arbeitsprozess integriert werden können. Die Entstehung einer Zweidrittelgesellschaft zu verhindern, erklärt sie zu ihrem zentralen Anliegen.



Angela Schmalz (45, Nossikon), Sozialarbeiterin/Familienfrau. Gemeinderätin seit 1997. Sie wohnt und arbeitet seit vielen Jahren in Uster und kennt die Anliegen der Bevölkerung, im speziellen von Familien und Kindern, sowohl von ihrer Arbeit wie auch als Mutter zweier Kinder. Sie hat mitgeholfen den Kinderhort Muulwurf aufzubauen und hat sich in der Arbeitsgruppe Familienergänzende Betreuung für eine soziale Tarifpolitik eingesetzt. Zu einer zukunftsweisenden Familienpolitik gehört für sie aber auch ein schonender Umgang mit der Umwelt. Was ihrer Meinung nach in Uster noch fehlt ist eine Tagesschule und ein grösseres Engagement der Stadt in Sachen Mittagstische.



Stefan Feldmann (27, Oberuster), Journalist BR. Gemeinderat seit 1997. Er ist in Uster aufgewachsen und kennt daher die Anliegen und Bedürfnisse der Jungen sehr genau. Dass die Jugend auch heute noch von vielen Politikerinnen und Politikern nicht ernst genommen wird, stört ihn. Mit einem Vorstoss hat er sich deshalb für die Anerkennung des neugegründeten Jugendparlamentes eingesetzt. Und als kleiner Beitrag zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit verlangt er von der Stadt, dass sie künftig bei der Vergabe von Aufträgen jene Firmen bevorzugt, die Lehrlinge ausbilden. Er setzt sich für eine jugendfreundliche Stadt ein, aber auch für ein vorurteilsfreies Miteinander von Jung und Alt.



Rolf Graf-Ganz (43, Niederuster), eidg. dipl. Buchhalter. Er ist Vorstandsmitglied des neuen, sozial ausgerichteten Vereins «Refugium» und setzt sich dort für Personen ein, die am Rande unserer Gesellschaft stehen. Auch diese Menschen haben Bedürfnisse. Bedürfnisse, die in der Politik künftig wieder vermehrt berücksichtigt werden müssen. Früh hat er auch in der überparteilichen Arbeitsgruppe Drogenpolitik an einer Analyse der bestehenden Angebote und Lücken im Drogenbereich der Stadt Uster mitgearbeitet und sich für die Platzierung von Spritzen-Automaten in Uster eingesetzt. Seit 1995 ist er zudem als Kassier im Vorstand der SP Uster aktiv.



Christian Wüthrich (44, Oberuster), Leiter Pflegedienst Alters- und Pflegeheim. Er erfährt als diplomierter Krankenpfleger die rasante Entwicklung im Gesundheitswesen am eigenen Leibe und sieht, dass die Kostenumverteilung mittelfristig zu einer Zweiklassen-Medizin führt. Er wehrt sich dagegen, dass durch den Abbau von staatlichen Leistungen immer mehr Kosten den sozial Schwächeren aufgebürdet werden. Er setzt sich deshalb für eine obligatorische Krankenversicherung ein, die nicht ausschliesslich durch Kopfprämien finanziert wird. In den letzten vier Jahren hat er sich als Mitglied der Gesundheitsbehörde für eine ökologische, wirtschaftlich bezahlbare Abfallentsorgung eingesetzt.



Dagmar Anderes (26, Gschwader), Journalistin. Sie ist in Uster aufgewachsen und hat sich schon früh dafür interessiert, was in «ihrer» Stadt alles geschieht. Dank ihrer Arbeit als Journalistin ist sie zudem auf dem laufenden, was die Ustermer Bevölkerung beschäftigt. Dass auch in Uster in den letzten Jahren immer mehr Leute ihre Stelle verloren haben, bereitet ihr grosse Sorge. Sie ist überzeugt, dass bei der Verteilung der Arbeit neue Wege beschritten werden müssen, sei es durch neue Arbeitszeitmodelle, sei es durch eine Erhöhung des Stellenwertes der Nichterwerbsarbeit. Und sie ist überzeugt, dass die Stadt Uster im Arbeits- und Umweltbereich eine Vorreiterrolle übernehmen kann.



Peter Mathis-Jäggi (44, Oberuster), Lokomotivführer. Er wohnt seit sechs Jahren in Uster und hat die Stadt durch seine Mitarbeit in der Feuerwehr kennen und schätzen gelernt. Die Vielfalt der Meinungen und Lebenshaltungen sind für ihn ein wichtiger Bestandteil der Lebensqualität. Es gibt für ihn aber auch Dinge, die durchaus noch verbesserungsfähig sind. So findet er zum Beispiel, dass es um den öffentlichen Verkehr in Uster besser bestellt sein könnte. Ein funktionierendes öffentliches Verkehrssystem trägt mit zur Attraktivität einer Stadt als Wirtschaftsstandort bei. Bessere Verbindungsmöglichkeiten ins Zentrum und an die S-Bahn sind ihm deshalb ein wichtiges Anliegen.



Barbara Thalmann (32, Kirchuster), Architektin ETH. Vorstand Jugend- und Freizeithaus.



Stefan Lötscher (27, Riedikon), kfm. Angestellter. Gewerkschaft VSTTB, WWF, Homosexuelle Arbeitsgruppen Zürich.



Regula Eschle-Kunz (35, Kirchuster), lic. iur./Familienfrau. VCS, Gegav, Greenpeace, WWF, Vizepräsidentin Baugenossenschaft Glattal.



Michael Messmer (46, Oberuster), Sozialpädagoge. Vorstand Wogeno Uster, Vorstand Genossenschaft Sonne.



Ruth Aschwanden (40, Oberuster), Sachbearbeiterin. amnesty international, WWF.



Kurt Hemmann (38, Wermatswil), Sozialpädagoge. VCS, SAH, Naturfreunde.



Oli Sennhauser (26, Kirchuster), Goldwäscher. Vorstand SP Uster.



Rosemarie Gartmann (46, Niederuster), Familienfrau. Pro natura, VCS, Verein 3. Welt-Laden Zürich.



Alfred Gut (45, Oberuster), Musiklehrer/Electronic Publisher. Vorstand MusiklehrerInnen-Verband Zürich, VPOD, Redaktion FORUM.



Annalena Moser (18, Oberuster), Kantonschülerin. Mitglied Jugendparlament Uster, Juso Zürich, Greenpeace.



Karin Dieziger (28, Kirchuster), Sozialarbeiterin/Studentin.



Urs Eschle (36, Kirchuster), Fernmeldespezialist.



Bruno Schwarz (49, Kirchuster), Sozialarbeiter.



Lennie Overdulve (47, Wermatswil), Heilpädagogin. Vorstand SP Uster.



Christoph Strucken (22, Wermatswil), Student. Leiter Ten Sing Uster.



Marc Müller (40, Nossikon), kfm. Angestellter/Landschaftsgärtner. Ehemaliges Mitglied Umweltkommission SP Kanton Zürich.



Käthi Oetiker (46, Oberuster), Sozialpädagogin.



Daniel Weiss (42, Nossikon), Elektroingenieur HTL.



Erika Kummer (53, Nänikon), Stipendienberaterin. Ehemalige Präsidentin SP Greifensee, ehemalige Bezirksschulpflegerin.



Verena Witzig (18, Kirchuster), Kantonschülerin. Juso Zürich, Züri autofrei, WWF.



Andreas Kisch (51, Nänikon), lic. phil./Ausbildner. Ehemaliger Oberstufenschulpfleger, VCS, WWF.



Margrit Enderlin (61, Kirchuster), Musikredaktorin. Jazzclub Uster, Helvetas, SSM, Redaktion FORUM.



Konrad Weiss (36, Nossikon), Musiker/Komponist. Greenpeace, WWF.



Elisabeth Schlegel-Meisser (40, Gschwader), kfm. Angestellte/Familienfrau. Ehemaliges Mitglied Gesundheitsbehörde, amnesty international.



Annemarie Geiger Künzler (47, Nossikon), Lehrerin. Ehemalige Primarschulpflegerin.



Urs Strasser (44, Kirchuster), Dr. phil./Seminarlehrer. Vizepräsident Primarschulpflege.



Regula Schübach (40, Kirchuster), Ergotherapeutin/Familienfrau.

Heidi Vogt & Marlies Hürlimann und Liste 1

Für ein sozialeres Uster



Parolen zur Abstimmung vom 15. März

Universitätsgesetz	Nein
Gesetz über die Reform der Verwaltungsstrukturen	Nein
Gesetz über die öffentlichen Ruhetage und über die Verkaufszeit im Detailhandel	
SP Kanton	Stimmfreigabe
SP Uster	Nein
Einführung einer eidgenössischen Motorfahrzeugsteuer (Einzelinitiative Meyer)	Ja

Nein zum Universitätsgesetz

Mit dem Numerus Clausus droht ein Elfenbeinturm für die Reichen

Obwohl das Universitätsgesetz auch gute Neuerungen enthält, fällt für die SP die Bilanz eindeutig negativ aus: Der Numerus Clausus (Zulassungsbeschränkung) stellt einen Bruch mit der bisherigen Bildungspolitik dar. Er entwertet die Maturität, gefährdet die Fachhochschulen und bevorteilt Leute, die sich teure Vorbereitungskurse leisten können. Ausserdem nährt der Numerus Clausus die Illusion, mit überholten bürokratischen Methoden lasse sich eine zukunftsgerichtete Bildungspolitik betreiben. Ausgerechnet mit planwirtschaftlichen Instrumenten, die in den ehemaligen «realsozialistischen Staaten» Osteuropas so kläglich versagt haben, will man das Problem der «Ärztenschwemme» in den Griff bekommen. Da werden auf unzulässige Art und Weise Bildungs- und Gewerbepolitik miteinander vermischt. Diese aus SP-Sicht unerwünschte Abschottung einer unsozialen Bildungselite könnte durch eine Erhöhung der Studiengebühren noch gefördert werden, denn das Gesetz lässt Studiengebühren in unbestimmter Höhe zu. Einmal mehr wären die sozial unteren Schichten und Frauen davon betroffen. Dieses Gesetz lässt grundlegende Aspekte der Chancengleichheit ausser acht und hat keine griffigen sozialen Leitplanken. Deshalb lehnt es die SP ab.

Nein zum Gesetz über die Reform der Verwaltungsstrukturen (Organisationsgesetz)

«Sicherheitsdirektion» als trojanisches Pferd
Mit einer unscheinbaren Minireform will der Regierungsrat eine entscheidende Kompetenz an sich reißen: Die Regierung möchte die Möglichkeit haben, völlig ausserhalb jeder öffentlichen Debatte bestehende Direktionen aufzuheben und Direktionen in andere zu integrieren. So soll als wesentliche Änderung die Doppeldirektion Gesundheit und Fürsorge aufgelöst und die

Fürsorgedirektion in die bisherige Polizei- und Militärdirektion integriert werden. Diese soll dann den Namen «Sicherheitsdirektion» erhalten. Das Rad der Zeit würde damit zurückgedreht: Die Nähe der Fürsorge zur Polizei erinnert fatal an die spätmittelalterliche Zeit der frühen Armenpolizei, der Arrestantenhäuser, der Eingriffsfürsorge. Diese Reform, die durch die geplante Revision des Organisationsgesetzes ohne Zustimmung des Parlaments durchgezogen werden könnte, ist nicht akzeptabel. Sie ist eine unwürdige Antwort auf die sozialen Probleme vieler Mitmenschen, die ohne Verschulden in Not geraten. Deshalb brauchen wir ein klares Nein zum Organisationsgesetz des Regierungsrates!

Nein zum Gesetz über die öffentlichen Ruhetage und die Verkaufszeiten im Detailhandel

Im Clinch zwischen den Interessen der KonsumentInnen und den Rechten des Verkaufspersonals

Die Vorlage verlangt, dass die Geschäfte in Bahnhofliegenschaften und dazugehörigen Einkaufspassagen auch an Sonntagen geöffnet sein dürfen und dass diese Öffnungszeiten durch die Gemeinden nicht eingeschränkt werden können. Dadurch wird es möglich, dass auch Geschäfte ausserhalb der Stadt Zürich in sogenannten «Zentren des öffentlichen Verkehrs» an Werk- und Sonntagen von 6 bis 20 Uhr aufmachen können. Die Benutzerinnen und Benutzer des öffentlichen Verkehrs werden mit dem autofahrenden Teil der Bevölkerung gleichgestellt – zumindest hinsichtlich des sonntäglichen Einkaufens. Denn AutofahrerInnen haben am Sonntag jetzt schon vielfältige Einkaufsmöglichkeiten, zum Beispiel an Tankstellen, Autobahnraststätten oder im Flughafen Kloten. Niemand hat etwas gegen längere Ladenöffnungszeiten einzuwenden – solange sie oder er nicht selbst bis 20 Uhr im Verkauf arbeiten muss und diese Mehrbelastung nicht anständig abgegolten wird. Deshalb steht diese Vorlage im Spannungsfeld zwischen der Annehmlichkeit

für die Kundschaft und schwierigeren Arbeitsverhältnissen für die Angestellten. Der Parteivorstand der Kantonalpartei beschloss deshalb die Stimmfreigabe, da jeder und jede diese Güter- und Interessenabwägung selbst vornehmen kann. Die SP Uster ihrerseits gewichtet aber die Nachteile der Vorlage (schlechtere Arbeitsbedingungen für das Verkaufspersonal, der Druck auf schwächere ArbeitnehmerInnen [Stichwort: Arbeit auf Abruf] und der zusätzliche Verkehrslärm) stärker als die SP des Kantons und hat an ihrer Mitgliederversammlung mit deutlichem Mehr die Nein-Parole beschlossen.

Ja zu einer eidgenössischen Motorfahrzeugsteuer (Einzelinitiative Meyer)

Verkehr verursachergerecht besteuern – eine alte SP-Forderung

Da der kantonale Strassenfonds hoch verschuldet ist und der Ertrag der Verkehrsabgaben kaum mehr ausreicht, um neben dem Unterhalt den Bau neuer Strassen zu finanzieren, soll eine eidgenössische Motorfahrzeugsteuer in Form eines Treibstoffpreiszuschlages erhoben werden. Die Initiative verlangt, dass der Kanton Zürich dies beim Bund in Form einer Standesinitiative anregt. Dabei sollen die kantonalen Motorfahrzeugsteuern (Verkehrsabgaben) durch eine eidgenössische Motorfahrzeugsteuer abgelöst werden. Diese Besteuerung wäre neu verbrauchsabhängig und nicht mehr abhängig von der Fahrzeugkategorie (Hubraum). Das heisst: Wer viel, weit und mit hohem Verbrauch fährt, soll dementsprechend viel an den Unterhalt und den Bau von Strassen bezahlen. Seit Jahren fordert die SP, dass Verkehrssteuern nutzungsabhängig und verursachergerecht erhoben werden und befürwortet die Vorlage deshalb.

Nominationen

Die Mitgliederversammlung der SP Uster hat zu Händen der Erneuerungswahlen der Schulpflegen und der Fürsorgebehörde vom 26. April 1998 für die ihr gemäss Parteistärke zustehenden Sitze folgende Personen nominiert:

Primarschulpflege

Heinz Fröhlich (neu)
Rosmarie Gartmann (neu)
Regula Hediger (neu)
Renate Rüf (bisher)
Urs Strasser (bisher)

Oberstufenschulpflege

Monika Ammeter (neu)
Monica Diana (bisher)
Regula Gutiérrez (bisher)

Fürsorgebehörde

Bruno Schwarz (neu)

Ustermer Milch soll wieder hier verarbeitet werden

Uster plus – Eine Initiative für regionale Wirtschaftskreisläufe

Arbeitsplätze werden nicht nur wegrationalisiert, sondern auch wegkonsumiert. Wer nur noch auf den Preis und nicht mehr auf die Herkunft von Produkten achtet, unterstützt soziale Missverhältnisse und billigt gleichzeitig oft unökologische Verhaltensweisen. Ein Beispiel, das kürzlich die Runde machte, sind die Nike-Turnschuhe, die von Billigstarbeiterinnen in Asien gefertigt werden. Ein weiteres Beispiel liegt näher: Die Ustermer Milch wird seit 10 Jahren nicht mehr hier verarbeitet, sondern legt Dutzende von Kilometern zur Molkerei in der Innerschweiz und nach Uster zurück, bevor sie in den Verkauf gelangt.

Von Ludi Fuchs & Felix Müller

Diese Tatsachen standen am Anfang des Engagements aus SP-Kreisen für die Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe. Nach einer Tagung auf dem Schloss Uster verfolgte eine kleine Gruppe das Thema intensiv weiter und suchte insbesondere nach Partnern, um die erarbeiteten Ideen auch in die Praxis umsetzen zu können. Gefunden hat die Gruppe die Partner in einigen Initiativen Ustermer Landwirten und der Molkereigenossenschaft Uster. Dieses Engagement der Bauern kommt nicht von ungefähr. Sie sind die ersten, die von immer billigeren Lebensmittelimporten und der überhandnehmenden Marktmacht der Grossverteilergefährdet sind.

In der Zwischenzeit hat die neu entstandene Arbeitsgruppe ihre Ideen gemeinsam verfeinert. Um zielgerichtet weiterarbeiten zu können, wurde vor wenigen Wochen der Verein «Uster plus» gegründet. An der Gründungsversammlung nahmen mehr als 20 Personen teil. Der Vorstand besteht aus Erich Feurer (Sulzbach, Präsident), Ludi Fuchs (Vizepräsident), Elisabeth Krampen und Felix Müller. Ziel des Vereins ist, den Aufbau regionaler Wirtschaftskreisläufe zu unterstützen. Nicht indem er selbst aktiv kauft und verkauft, sondern indem er koordiniert, bekanntmacht und ermutigt. Uster plus will sich nicht nur auf landwirtschaftliche Produkte beschränken, sondern versteht die regionale Wirtschaft als umfassendes Ganzes, zu dem auch Gewerbe, Dienstleistungen und (ganz zentral) die KonsumentInnen gehören. Denn was die Kundinnen und Kunden nachfra-

gen, wird früher oder später mit Erfolg im Rahmen eines regionalen Wirtschaftskreislaufs produziert werden können.

Eine erste regionale Initiative wurde mit dem Anbau von Emmer durch Ustermer Bauern und dessen Verarbeitung zu Emmerbrot durch Ustermer Bäcker bereits gestartet. Ein zweites Projekt ist in der Pipeline: Es handelt sich um eine Hofmilchanlage, mit der Ustermer Milch wie-

der hier vor Ort verarbeitet werden soll.

Um die Bedürfnisse der Kundschaft auszuloten, hat die Molkereigenossenschaft Uster eine Fragebogenaktion lanciert. «Forum» druckt den Fragebogen ab und bittet die LeserInnen, ihn auszufüllen und der Molkereigenossenschaft Uster an der Freistrasse einzusenden oder dort abzugeben.

Umfrage zur Wiederaufnahme der Milchverarbeitung in Uster

Die Molkereigenossenschaft Uster hat vor ca. 10 Jahren die eigene Milchverarbeitung in Uster eingestellt und muss seither Milch und Milchprodukte für den Verkauf im Laden Freistrasse und den Milchexpressfahrzeugen von entfernten Verarbeitern zukaufen. Die Molkereigenossenschaft prüft nun die Möglichkeit, die Milch eines grosseren Bauernhofes in Uster direkt auf dem Hof zu pasteurisieren und zu verpacken. Diese Milch, in Uster gemolken, verarbeitet und verkauft, wäre sensationell frisch und verursacht ein absolutes Minimum an Transporten. Ustermer Arbeitsplätze würden davon profitieren. Allerdings werden die Kosten für den kleinen, arbeitsintensiven Verarbeitungsbetrieb sehr hoch. Um den Wunsch nach einer Ustermer Qualitätsmilch besser abschätzen zu können, bitten wir Sie, einige Fragen zu beantworten und die Felder anzukreuzen.

- Würden Sie es schätzen, wenn in Uster regional produzierte und verarbeitete, frische Milchprodukte angeboten werden?
 - ja, ich unterstütze die Idee.
 - nein
- Sind Sie bereit für einen Liter Vollmilch past. Fr. 1.90 zu bezahlen und damit die hohen Kosten der regionalen, arbeitsintensiven Verarbeitung zu entschädigen?
 - ja, ich bin bereit für frischere, regionale Milch die höheren Kosten zu tragen.
 - nein, ich bezahle für einen Liter Vollmilch höchstens Fr.....
- Müssten Ihrer Meinung nach diese Produkte biologisch produziert sein. 1 Liter Milch würde dadurch um weitere 10 Rp. verteuert. Oder ziehen Sie Produkte aus integrierter Produktion (weitgehender Verzicht auf chemische Hilfsstoffe) und Freilandhaltung vor?
 - Diese Milchprodukte sollten trotz des höheren Preises biologisch produziert sein.
 - Ich erwarte Produkte aus integrierter Produktion und Freilandhaltung.
- Legen Sie grossen Wert darauf, dass in der Fütterung der Milchkühe auf Gen-Tech-Futter (Soja und neuerdings Mais) verzichtet wird.
 - Ein Verzicht auf Gen verändertes Futter ist sehr wichtig.
 - Ich habe mit Gen-verändertem Futter keine Bedenken.
- Welche Pastmilchverpackung bevorzugen Sie?
 - 1 Liter Behälter folgender Art:.....
 - 1,5 Liter Behälter folgender Art:.....
 - 2 Liter Behälter folgender Art:.....
 - Andere, welche:

(PET Kunststoff, Milchbeutel, Glas, Karton z.B. Tetra pak)
- Würden Sie von einem Hauslieferdienst (2-3mal pro Woche Lieferung in Ihren Milchkasten) der Molkereigenossenschaft Gebrauch machen?
 - ja
 - nein
- Bemerkungen:
 -
 -
 -
 -

Gegen Abgabe Ihres ausgefüllten Fragebogens erhalten Sie im Laden an der Freistrasse oder in Ihrem Milchexpress gratis ein 180gr. Glas Joghurt nach Ihrer Wahl. Vielen Dank!

Molkereigenossenschaft Uster Tel. 01/94013 65

Leva

Il Console od un suo delegato esercita funzioni relative al servizio di leva in relazione ai cittadini residenti nella circoscrizione consolare. I cittadini all'estero sono soggetti agli obblighi di leva anche se doppi cittadini.

Tra Italia e Svizzera manca un accordo internazionale che consenta di svolgere alternativamente il servizio militare per l'uno o per l'altro Paese. Il servizio effettivamente compiuto nelle Forze Armate Svizzere per 6 mesi comporta comunque l'esenzione dagli obblighi militari in Italia e consente il collocamento in congedo illimitato per i doppi cittadini per nascita o per i doppi cittadini di nazionalità Svizzera per nascita.

Il giovane cittadino, nell'anno in cui compie 18 anni è tenuto a regolarizzare la sua posizione di leva, presentandosi in Consolato o scrivendo. Spesso i Consolati, sulla base delle chiamate alla leva delle rispettive classi, convocano i giovani interessati. La mancata convocazione non dispensa tuttavia il connazionale dal regolarizzare la posizione di leva. In caso contrario egli potrebbe essere dichiarato renitente.

Il giovane cittadino viene normalmente arruolato (cioè ritenuto abile per essere chiamato alle armi) e ammesso a dispensa dal presentarsi alle armi in tempo di pace in quanto residente all'estero. La relativa dichiarazione è inviata dal Consolato al Consiglio di leva in Italia per la successiva ratifica.

Qualora il connazionale si ritenga inabile al servizio militare, il Consolato lo sottopone a visita medica. Il parere medico è trascritto nel registro di Leva. In base ad esso il Consolato può decidere che l'interessato è arruolato e dispensato oppure decidere per la rivedibilità o per la riforma. Anche tali decisioni debbono essere ratificate dal Consiglio di leva competente.

Chi è residente in Svizzera ed è stato regolarmente arruolato e, pur avendo titolo ad ottenere la dispensa od il rinvio, desidera comunque effettuare il servizio militare deve presentare domanda al Consolato, indirizzata al Distretto Militare od alla Capitaneria di Porto di appartenenza.

Anche le domande relative all'obiezione di coscienza ed al servizio civile possono essere inoltrate tramite il Consolato.

Gli arruolati in Italia che si trovino in regolare posizione militare (anche di beneficio di ritardo o rinvio) possono essere autorizzati a risiedere all'estero a tempo indeterminato. Devono chiederlo con apposita istanza entro il 31 dicembre dell'anno in cui compiono 24 anni.

L'autorizzazione può essere concessa per i seguenti motivi:

1. attività lavorativa. Occorre allegare il contratto di lavoro legalizzato,

2. trasferimento all'estero con la famiglia o ricongiungimento con essa,

3. per motivi di studio. Occorre dimostrare l'iscrizione all'Università o ad un Istituto Superiore a carattere universitario.

Chi è stato arruolato all'estero e deve rientrare in Italia per brevi periodi può farlo senza doversi presentare alle armi facendo firmare in Consolato il relativo permesso sulla „Dichiarazione di ammissione e dispensa dal presentarsi alle armi in tempo di pace“ (mod 0544) a seguito di motivi di studio (per la intera durata del corso) o per giustificati motivi. Per chi è stato arruolato in Italia ed è residente in Svizzera il permesso di temporaneo rimpatrio non può superare il periodo complessivo di due mesi nell'arco di un anno. Chiarimenti e assistenza in materia possono essere ottenuti anche presso i Corrispondenti Consolari.

Gli arruolati all'estero hanno diritto ad essere posti in congedo illimitato dopo il compimento del 26° anno di età. Il relativo foglio di congedo verrà inviato tramite consolato dal Distretto militare competente. Chi non fosse arruolato all'estero pur dovendo farlo, e quindi si trovasse in posizione irregolare, in caso di rimpatrio potrà essere chiamato alle armi fino all'età di 45 anni. Chi riacquista la cittadinanza italiana è tenuto a regolarizzare la posizione di leva se in età inferiore a 45 anni.

IMPRESSUM FORUM

Periodico di politica, lavoro e cultura

Edito della Colonia Libera Italiana, Postfach, 8610 Uster 1

Edizione: 10 000

Abbonamento annuale: Minimo Fr. 30.- / PC 80-13431-8 FORUM

Comitato di redazione: Claudio Marseglia, Valerio Modolo,
Carmine Puzo, Simonetta Genovese, Salvatore Turisi

Stampa: Ropress Zurigo

Finalmente si cambia

Carrellata di fatti

Chi di noi ha avuto a che fare con la burocrazia italiana è rimasto segnato dall'esperienza; intere mezze giornate delle sospirate ferie si sono volatizzate in attesa di una firma, di un certificato assurdo o ridicolo.

Si, perché l' avere a che fare con la Pubblica Amministrazione in Italia sconfinava con l'assurdità, con il ridicolo; anche se poi, dopo qualche ora di attesa, dopo un continuo rinvio da un ufficio incompetente ad un altro, dopo un continuo salire e scendere scale (come fanno gli anziani ed i portatori di handicap?) uno spostarsi da un punto all'altro della città (ma perché non concentrano i vari uffici pubblici nello stesso punto?) o peggio, tra città diverse; ci si sente attanagliati da una rabbia crescente prima e, da un senso di frustrazione poi, vinti dall'impotenza verso una amministrazione crudele nei confronti del cittadino meno acculturato, incomprendibile nei suoi vocaboli arcaici o elitari, onerosa fino all'estremo e, non ultimo, proverbialmente inefficiente.

Il nuovo governo aveva messo nel programma elettorale uno snellimento della Pubblica Amministrazione per renderla in grado di affrontare le sfide che l'Europa unita comporta. Siccome, si dice che ogni promessa è un debito, il nuovo esecutivo ha partorito una legge che migliora sensibilmente la situazione precedente.

A tal fine, convinti di fare cosa utile, trasmettiamo l'elenco dei punti fondamentali della legge N. 127 del 15/5/97 (legge Bassanini) che facilita il rapporto tra cittadini e Pubblica Amministrazione, riforma poco conosciuta ma di indubbia utilità.

Certificati

Non scadono mai quelli che attestano uno stato permanente (es. nascita, morte e titoli di studio). Tutti gli altri certificati durano sei mesi. Potranno essere presentati anche scaduti, con una semplice dichiarazione dell'interessato che dovrà confermare le informazioni in essi contenute. In altri casi potrà essere presentato un

documento d'identità per attestare i dati in esso contenuti al posto dei certificati richiesti.

Autentiche

Non sarà più richiesta l'autentica della firma, ma basterà firmare di fronte all'impiegato. Le fotografie necessarie per i documenti possono essere autenticate direttamente dall'interessato presso l'ufficio a cui si richiede il documento.

Documenti

La carta d'identità potrà essere rinnovata sei mesi prima della scadenza, potrà contenere, a richiesta dell'interessato, lo stato civile e il gruppo sanguigno. Il passaporto potrà essere rilasciato anche ai giovani che debbono ancora svolgere il servizio militare.

Concorsi pubblici

Non è più necessaria l'autentica della firma sulle domande di partecipazione a concorsi pubblici. Inoltre sono stati aboliti i limiti di età, salvo alcune eccezioni e di conseguenza saranno eliminati i titoli preferenziali relativi all'età.

Nascita

La denuncia di nascita può essere fatta da uno dei genitori, senza testimoni, entro tre giorni, direttamente all'ospedale o alla casa di cura dove è avvenuta la nascita.

Tributi

La Regione e i Comuni possono decidere di non riscuotere rimborsi e versamenti di piccolo importo. I Comuni non in deficit possono eliminare il pagamento dei diritti di segreteria sugli atti amministrativi e possono sopprimere o ridurre, sui certificati, le tasse, i diritti e i contributi.

Leggi

Per consentire ai cittadini di leggere e capire le leggi più complesse debbono essere accompagnate da note sintetiche per spiegare e rendere comprensibili i contenuti degli articoli e dei singoli commi.

È proprio vero che possiamo chiamare la vita degli esseri viventi: Solo una avventura umana? È questa che ogni giorno che passa, si presenta a noi con le sue stranezze e fatti sconvolgenti. Voglio entrare subito in argomento e spiegare questa vita così strana e piena di fatti che hanno tutti una contraddizione.

Viene arrestato un individuo (con un piccolo handicap) per aver rubato delle caramelle (anzi delle gomme masticanti) al supermercato e viene tenuto in carcere per giorni. C'è voluto l'intervento dell'opinione pubblica (e meno male) per poterlo liberare (condannato ripeto per alcune gomme da masticare rubate). Mentre viene chiesto dai giudici, di mani pulite, al parlamento italiano l'autorizzazione ad arrestare un parlamentare, per aver commesso, secondo i giudici, fatti gravi di corruzione e tangenti di vari milioni. Questo parlamento viene assolto cioè non viene concessa l'autorizzazione a procedere al suo arresto.

Questo, come si vede, è una vera e propria contraddizione, questa che chiamiamo giustizia, questa è democrazia. Questo è il rispetto degli individui di fronte alla legge, insomma l'uguaglianza della gente. È no! Questo è sopruso. Inoltre non si può leggere un giornale, non si può vedere la televisione e altri mezzi di informazione che non ascolti, vedi e leggi notizie sconvolgenti, attentati a persone inermi, quale l'Algeria.... e altri paesi.

Violenza sui bambini e qui è proprio un'..... escalation: Abusi sessuali, uccisioni, scomparse, manipolazioni e pornografia infantile, qui non si fa neanche tanto per frenare questa escalation. E la barca va (in un film di Fellini).

Io invece dico: E la gente va In politica non si può avere più un concetto preciso, ognuno la fa per proprio tornaconto e senza più un ideale. La parola „Democratico“ non esiste più in nessun dizionario. Insomma andiamo avanti, oppure torniamo indietro ai tempi: gli uni contro gli altri.

Non parliamo poi in quel campo, dove si predica e si predica in continuazione che l'unica verità è la fede in qualcosa. Ebbene io ho fede, ma non ammetto che avvenga tutto quello che or ora ha espresso in questo scritto e poi vengono perdonati.

Ebbene la fede è qualcosa di buono e sano, ma a questa va aggiunta la costanza e la buona volontà; nessuno può perdonare, se non l'essere vivente. Quindi l'uomo deve farsi artefice di questa vita: cioè amarsi e darsi un giudizio severo verso di sé. Questa vita, che ho, deve dire, la devo rispettare, valorizzare insieme a quella del mio simile.

Ebbene per far fronte a questi fatti sconvolgenti c'è da fare molto: lavorare! Lavorare senza saper mai quanto guadagna (lo ha detto una volta Fidel Castro). Lavorare ed essere utile a se stesso e alla società, partecipare, non per acquisire ma per collaborare. L'essere vivente può perdonare (parola che non mi piace tanto), perché io dico che il perdono è fare

Anagrafe Consolare

Con la Legge n.470 del 27/10/1988 è stata data una definizione organica del problema della raccolta dei dati anagrafici dei connazionali residenti all'estero e sono state dettate le norme per la tenuta presso i Comuni delle anagrafi degli Italiani all'estero (AIRE).

In base alla predetta normativa tutti gli italiani residenti all'estero dovrebbero essere registrati presso i Consolati. I dati in questione dovrebbero inoltre trovare un esatto riscontro nelle scritture tenute presso i Comuni italiani. Solo in questo modo potranno essere evitati errori nel rilascio di certificati o nella predisposizione di documenti, errori che possono determinare conseguenze amministrative, ma in taluni casi anche penali, per gli interessati. Pertanto ogni variazione di residenza, di stato civile, e di cittadinanza deve essere comunicata da parte dei residenti all'estero, al proprio Consolato affinché quest'ultimo possa darne informazione al Comune Italiano di iscrizione AIRE.

Si suggerisce pertanto di approfittare della prima occasione di visita al Consolato di appartenenza per verificare che le scritture relative alla scheda anagrafica personale e del relativo nucleo familiare siano corrette, oppure per riempire le relative schede anagrafiche.

L'iscrizione all'AIRE può avvenire in uno dei seguenti Comuni a seconda della posizione in cui si trova il cittadino:

1. Comune di ultima residenza in caso di espatrio.
2. Comune di residenza o iscrizione all'AIRE di membri del proprio nucleo familiare.
3. Comune in cui risulta registrato il proprio atto di nascita, per chi è nato all'estero.
4. Comune presso il quale è trascritto l'atto di acquisto o di riacquisto della cittadinanza italiana.
5. Comune di residenza o di nascita dei propri ascendenti.

Si ricorda che i cittadini italiani che trasferiscono la propria residenza da un Comune italiano all'estero devono farne dichiarazione entro 90

gg. al Consolato della circoscrizione di immigrazione.

Elettorato

Strettamente connessa con la materia anagrafica è quella elettorale. La legge n. 15 del 16.1.92, che ha innovato vari aspetti del testo unico 223, ha previsto che i cittadini iscritti nell'AIRE di un Comune Italiano vengano automaticamente iscritti anche nelle liste elettorali dello stesso Comune, in modo che non vi sia difformità tra le due.

I cittadini residenti all'estero possono comunque fare in qualsiasi momento, presentando apposita istanza presso il Consolato, richiesta di iscrizione nelle liste elettorali del Comune di nascita. Secondo il principio precedentemente enunciato ne conseguirà che anche l'iscrizione anagrafica, qualora effettuata altrove, venga trasferita in tale Comune. I Sindaci dei Comuni italiani notificheranno, tramite i Consolati, le decisioni adottate in ordine alle predette richieste.

L'iscrizione nelle liste elettorali di un Comune è il presupposto per poter esercitare il diritto di voto in caso di consultazione elettorale. Non sempre tuttavia i Comuni inviano ai residenti all'estero le cartoline elettorali. Chi non avesse ricevuto la cartolina elettorale, pur essendo iscritto nelle liste elettorali, può comunque ritirare il certificato elettorale recandosi direttamente al proprio Comune. Qualora infine si verificasse l'ipotesi di un cittadino che non è iscritto nelle liste elettorali pur avendone diritto, egli potrà ugualmente, in base all'Art. 32 bis del D.P.R. 223 del 20.3.67, essere ammesso al voto su decisione del Sindaco del Comune di iscrizione anagrafica, previa richiesta da effettuare almeno con 48 ore di anticipo per consentire al Comune di acquisire la necessaria documentazione.

In caso di consultazione elettorale i residenti all'estero beneficiano di un trattamento preferenziale per il rientro in Italia per l'esercizio del diritto di voto.

In particolare, per quanto riguarda il trasporto ferroviario ci sarà una riduzione del 63% sul pre-

zzo del biglietto di 1a classe, mentre quello di 2a classe sarà gratuito. Il viaggio di andata verso la destinazione elettorale dovrà avvenire non oltre il secondo giorno di votazione ed il rientro non prima del primo giorno di votazione. Il biglietto avrà, comunque una validità di due mesi.

Sul passaggio aereo, i connazionali potranno usufruire del 30% di riduzione sulle tariffe normali e speciali eccettuate le tariffe apex., pex., superpex. e week end. Il passaggio aereo potrà essere utilizzato per l'arrivo in Italia non prima dell'ottavo giorno precedente l'apertura delle consultazioni, mentre per il rientro tale biglietto non potrà essere utilizzato oltre l'ottavo giorno successivo alle consultazioni.

Per il passaggio autostradale il pedaggio, il cui modulo dovrà essere ritirato in Consolato, sarà gratuito per la sola andata lungo la seguente rete A1-A2-A13-A14-A16-A30-A10-A12-A26. Nulla è previsto invece circa il carburante per l'autovettura.

Quando il trasporto marittimo è prevista una riduzione del 63% sul biglietto per il viaggio in 1a classe, è invece gratuito per la 2a classe. Il biglietto avrà una validità di due mesi. Per quanto riguarda il passaggio marittimo per la Sardegna il posto ponte sulle navi delle Ferrovie dello stato sarà gratuito, mentre è prevista una riduzione del 63% per poltrone e cabine.

FORUM

Periodico politica, lavoro e cultura della
Colonia Libera Italiana

Sì, voglio abbonarmi al FORUM

(per Fr. 30.- annui)

Nome _____

Indirizzo _____

Luogo _____

Mandae a: CLI, Postfach 226, 8610 Uster

FORUM

Periodico di
politica, lavoro e cultura
della Colonia Libera Italiana

No. 193 – Marzo 1998

Agorà mensile

Poco prima di Natale é stato mandato a tutti i nostri soci il numero 0 di AGORÀ, un mensile per far sentire la voce del nostro movimento. Negli ultimi anni, purtroppo un susseguirsi di cambiamenti nel nostro movimento per quanto riguarda l'editoria. Diversi anni fa avevamo un giornale settimanale chiamato „Emigrazione Italiana“, in seguito é stato cambiato il formato ed anche il nome in «Agorà» sempre settimanale di 52 pagine e poi per diminuire i costi a 32. Era l'espressione del nostro movi-

mento con cui si informava i nostri soci sulle nostre attività, su come portare avanti le nostre rivendicazioni con il governo svizzero e quello italiano, sulle nuove leggi, sui nostri diritti ecc. Ci sono altri giornali qui in Svizzera indirizzati agli italiani che qui risiedono, qualcuno ha cessato la pubblicazione in passato altri continuano tuttora. Per noi era impossibile continuare con AGORÀ settimanale per i costi troppo elevati che dovevano essere coperti con il tesseramento, gli abbonamenti e la pubblicità. Purtroppo negli ultimi anni la crisi economica e i numerosi rientri hanno ridotto di molto le nostre entrate, i contributi del governo italiano alla stampa estera sono quasi inesistenti e arrivano con molto ritardo. Il nostro é sempre stato un giornale in gran parte impegnato politicamente e socialmente sempre in difesa dei nostri diritti ma mai legato a nessun partito. Ci sono mancate pure le entrate pubblicitarie in parte per la crisi economica ed anche perché alcuni inserzionisti preferiscono inserire su giornali dal contenuto meno impegnativo, che a volte incontra i favori di una più larga schiera di lettori.

Nel '96 a causa delle sudette difficoltà economiche, abbiamo cercato un accordo con „la pagina“, un altro giornale indirizzato agli italiani e spagnoli in Svizzera. Un accordo molto sofferto, che ha spaccato in due il nostro movimento, ma necessario per poter continuare a far sentire la nostra voce. Sembrava un accordo vantaggioso, anche troppo per non potere avere qualche dubbio. In effetti dopo un anno l'editore si é rimangiato tutte le promesse togliendoci ogni libertà di esprimerci. In effetti solo ora si può capire che in realtà voleva solo i nostri indirizzi, per poter fare nuovi abbonati, come ha dimostrato con la lettera mandata a tutti i nostri soci lo scorso novembre. Di conseguenza siamo stati costretti a rompere l'accordo e ogni tipo di collaborazione.

Abbiamo quindi ricominciato a cercare nuove soluzioni compatibili con il nostro movimento e le nostre finanze. Per ora abbiamo optato per la soluzione di AGORÀ mensile per un minimo di sei numeri, in attesa eventualmente ad un settimanale. Molte volte ci siamo chiesti l'utilità di avere un nostro giornale, quale interesse riscontra tra i nostri soci e che tipo di giornale incontra il loro favore. Prima dell'accordo con „la pagina“ abbiamo mandato a tutti i nostri soci un questionario da riempire, riguardo quale tipo di giornale fosse di loro gradimento. Purtroppo furono pochi coloro che hanno espresso un parere in merito. La soluzione di un mensile per ora era l'unica possibile, in futuro non sappiamo cosa ci attende, speriamo soltanto nella vostra comprensione e nel vostro sostegno, altrimenti si rischia di indebolire un movimento, che se non é l'unico, é uno dei pochi che difende i nostri diritti.

*Una pagina
dal 1980-85-90-97
sperimentazione editoriale,
differenziazione, sviluppo
nuovi, a via, 2000 - 1990
giulio 1990 - 1990*
*Il servizio del Centro Studi e
Pagine della 111*

AGORÀ

La piazza da leggere

*Si legge con
una qualifica
rivista,
ma non è
una rivista
pubblicitaria*

Montano et editore
Postfach 7336, 8023 Zürich

Anno XXI nr. 2 - Febbraio 1998

GAB 000
Lugano

- «Se siete una risorsa fatevi valere»
Intervista con Silvia Costa presidente della Commissione Nazionale per la Parità e le pari opportunità tra uomo e donna
- Conoscere per capire, capire per intervenire
Le donne italiane in Svizzera vogliono darsi una struttura organizzata
- La droga e la Svizzera
- Colonia libera italiana di Möhlin
Qui nessuno pensa da «ghetto»
- Difensore degli immigrati ed apostolo della resistenza passiva
50.mo della morte del Mahatma Gandhi
- Mio padre: principe soprattutto uomo
Intervista con Liliana de Curtis

Rivista di informazione politica cultura e spettacolo edita dalla Federazione delle Colonie Libere Italiane in Svizzera